



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT EUROPA-PARLAMENTET
EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA HEORPA PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT
PARLAMENT EUROPEJSKI PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN
EURÓPSKY PARLAMENT EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROAPARLAMENTET

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN LÄNDERN DER ANDENGEMEINSCHAFT (CAN)

Bericht von Alan LIPIETZ, Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft, an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, den Ausschuss für Entwicklung und den Ausschuss für internationalen Handel über den Besuch einer Arbeitsgruppe der Delegation in Kolumbien (4. bis 8. Februar 2008)

Brüssel, den 12. Februar 2008
LMG/nal

CR\718885DE.doc
Externe Übersetzung

1

PE405.619

DE

DE

EINFÜHRUNG

Das Tätigkeitsprogramm 2008 der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft wurde am 10. Februar 2008 von der Konferenz der Präsidenten angenommen. In dem Programm sind Reisen von Arbeitsgruppen der Delegation vorgesehen, die erste vom 4. bis 9. Februar nach Kolumbien, die zweite vom 29. September bis 4. Oktober nach Venezuela.

Im Rahmen der Reise nach Kolumbien, an der sieben Abgeordnete teilnahmen, fanden Begegnungen in Bogotá, Pasto, Tumaco und Cali statt.

Der Besuch der Arbeitsgruppe der Delegation fiel zusammen mit einer Demonstration von Bürgern am 4. Februar, bei der Kolumbianer nicht nur in den Städten Kolumbiens, sondern darüber hinaus in weiteren 130 Städten auf der ganzen Welt Gewalt im Allgemeinen und Terrorismus, vor allem den der FARC, verurteilten und die Freilassung der Geiseln forderten. Die gesamte Delegation nahm an diesem Protestmarsch teil. Sie schlug bei dieser Gelegenheit in Anwesenheit der Presse vor, weitere Demonstrationen zu veranstalten, beispielsweise im März einen Protest gegen die paramilitärischen Gruppen. Der Vorschlag wurde von der Vereinigung der Opfer und Menschenrechtsgruppen umgehend aufgegriffen. Am 6. März findet nun eine Demonstration gegen die paramilitärischen Terroristengruppen statt.

Innenpolitische Lage

Kolumbien leidet seit fast fünfzig Jahren unter den Folgen eines bewaffneten Konflikts, der eine Dauerkrise im Land ausgelöst hat. Die komplizierte innenpolitische Lage hat auch unmittelbare Folgen für seine Nachbarn. Wegen der Mischung aus hiesigem Terrorismus und dessen Finanzierung durch Entführungen und Drogenhandel hatte der Fall der Berliner Mauer kaum Auswirkungen auf die Entwicklung dieses Konflikts.

Obwohl die Entführungen durch die FARC, das ELN, paramilitärische Gruppen (AUC) sowie durch Wirtschaftskriminelle das Phänomen sind, das in den Städten des Landes wie auch im Ausland am stärksten Aufmerksamkeit erregt, kommt es auch in anderen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum, zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen: Bis zum heutigen Tag wurden mehr als drei Millionen Binnenvertriebene, Zehntausende Ermordete oder Verschwundene, Opfer von Gewalt, Folter, Massenverhaftungen usw., die auf das Konto der paramilitärischen Gruppen, Guerillagruppen und der regulären Streitkräfte gehen, registriert.

Der frühere Präsident Andrés PASTRANA, der Sieger der Wahlen von 1998, strebte Friedensgespräche mit den Guerillagruppen im Rahmen eines Systems an, das die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone vorsah, in der der Staat seine Hoheitsrechte nicht ausüben und die das Militär nicht betreten sollte. In einem Land, dessen Größe der Frankreichs und Spaniens zusammengenommen entspricht, erstreckte sich diese Zone über ein Gebiet von der Ausdehnung El Salvadors. Dort fanden die Friedensverhandlungen statt.

Als PASTRANA feststellte, dass die Verhandlungen nicht vorankamen und die Entführungen und Terrorakte anhielten, beschloss er im Februar 2002, die entmilitarisierte Zone einseitig aufzukündigen und den Gefangenenaustausch einzustellen. Das einzige positive Ergebnis war ein humanitärer Gefangenenaustausch.

Vor diesem Hintergrund spielte die EU eine wichtige Rolle im Konflikt um die Geiseln der FARC. Im Zeitraum 2000 bis 2002 war sie als Vermittlerin aktiv. Wegen einer Welle von Entführungen durch die FARC wurden die Verhandlungen 2002 abgebrochen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2002 setzte die Europäische Union nacheinander die AUC (Paramilitärs), die FARC und den ELN (Guerillagruppen) auf ihre Liste terroristischer Gruppen.

Aus den Präsidentschaftswahlen vom 26. Mai 2002, bei denen das EP Wahlbeobachter einsetzte, ging der Kandidat Álvaro URIBE im ersten Wahlgang mit 53 % der Stimmen als Sieger hervor. In seinem Wahlkampf hatte er sich für eine härtere Linie ausgesprochen, ohne neutrale Zonen oder Zugeständnisse im Vorhinein.

Nach einer im Jahr 2005 verabschiedeten Verfassungsreform, die die Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte, fanden am 28. Mai 2006 in Kolumbien Präsidentschaftswahlen statt, die ebenfalls von einer Delegation des EP beobachtet wurden und bei denen der Präsidentschaftskandidat Álvaro URIBE mit 62,20% der Stimmen (7.363.297 Wählerstimmen) für eine zweite Amtszeit bis 2010 wiedergewählt wurde.

Die Liberale Partei (Partido Liberal, PL) und die Konservative Partei (Partido Conservador, PC), die jahrzehntelang die Mehrheit besessen hatten, kamen im ersten Wahlgang lediglich auf den dritten Platz und stellten im zweiten Wahlgang keinen eigenen Kandidaten mehr auf. Auf den zweiten Platz kam der Polo Democrático Alternativo (PDA).

Die Sicherheitspolitik hatte zum Ergebnis, dass alle Seiten eine allgemeine Verbesserung der Lage konstatierten, insbesondere in den Städten, weil der Staat in Bereichen Präsenz zeigen konnte, in denen er bis dahin abwesend gewesen war. Dennoch ist der Staat in einigen Zonen des Landes weiterhin nur wenig präsent, weshalb die Flucht der Bevölkerung vor der Unsicherheit andauert. Kolumbien ist weltweit das Land mit den meisten Binnenflüchtlingen. Die Zahl der Personen, die vor dem Konflikt fliehen, wird auf drei Millionen geschätzt, andere Quellen sprechen von vier Millionen. Für sie wird weder auf der Ebene des Staates noch der internationalen Gemeinschaft viel getan. Ferner werden 80 % aller weltweit Entführten in Kolumbien (etwa 4000) gefangen gehalten. Nahezu der gesamte Nordosten des Landes befindet sich in den Händen der paramilitärischen Gruppen. Dort wurden nach Angaben der Kirche 1400 Massengräber gefunden. Die paramilitärischen Gruppen haben mehr als vier Millionen Hektar Land von Bauern besetzt, auf denen sie vor allem Ölpalmen (für die Erzeugung von Biokraftstoff) anpflanzen.

Die Haltung der Regierung von Álvaro URIBE in Sachen Menschenrechte hat zahlreiche Kritik ausgelöst, vor allem nach der Verabschiedung einiger Gesetzesentwürfe wie dem Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“, dessen Ziel es ist, die Entwaffnung der paramilitärischen terroristischen Organisation AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) zu

erleichtern. Das Gesetz, das wegen mehrerer Klagen, in denen seine Verfassungsmäßigkeit in Frage gestellt wurde, überarbeitet werden musste, machte es möglich, mehr als 30 000 Mitglieder der AUC zu entwaffnen (dies ist insofern erstaunlich, als die AUC ihre Mitgliederzahl lediglich auf 12 000 Personen geschätzt hatte). An diesem Gesetz wurde Kritik laut, da die Rückgabe besetzten Landes unterblieb, Lücken bei den Wiedergutmachungszahlungen für Opfer und deren Familien zu verzeichnen waren und Vergehen ungeahndet blieben. Überdies setzten die paramilitärischen Gruppen ihre kriminellen Machenschaften fort, nachdem sie sich unter dem Namen „ONG“ (Organización de Nueva Generación) und „Águilas Negras“ neu formiert hatten.

Mit der Terrororganisation ELN (ejército de liberación nacional; Nationale Befreiungsarmee) wurden Verhandlungen auf Kuba geführt, um eine Einigung über eine Demobilisierung ihrer Mitglieder zu erreichen. Zu diesem Zweck stimmte die Regierung der Freilassung einiger Mitglieder der ELN zu, die als Verhandlungsführer fungieren sollten. Die Verhandlungen sind festgefahren.

Seit der Regierungsübernahme durch Präsident Uribe im Jahr 2002 ist der Gewaltindex deutlich zurückgegangen. In dem Maße, wie das Vertrauen wieder hergestellt wurde, ist das Wirtschaftswachstum um 8 % jährlich angestiegen. Jüngsten Umfragen zufolge liegt die Zustimmung für die Politik von Präsident URIBE gleichbleibend bei 70 % bis 80 %. Derzeit ist dieser Prozentsatz vor dem Hintergrund des dialektischen Konflikts zwischen den Präsidenten von Kolumbien und Venezuela im Ansteigen begriffen.

Intern wurden die Vertrauenspersonen des Präsidenten häufig wegen ihrer Vergangenheit kritisiert. Noch bemerkenswerter sind vielleicht die jüngsten Skandale, in deren Rahmen 25 % der Abgeordneten und Mitarbeiter von URIBE, darunter sein früherer Geheimdienstchef, unter dem Verdacht verhaftet wurden, Verbindungen zu kriminellen paramilitärischen Gruppen zu unterhalten. Anlass dafür waren gerichtliche Klagen im Zusammenhang mit dem Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ und die Entdeckung des Laptops des Chefs der paramilitärischen Terrorgruppe „Jorge 40“, in dem eine genaue Auflistung von Rechnungen für den Drogenexport, Vergütungen für die Ermordung von Gewerkschaftlern und Menschenrechtsaktivisten sowie für die Bestechung und den Kauf von Politikern gefunden wurden. Zuletzt fanden Ermittlungen gegen Mario URIBE, Senator und Neffe des Präsidenten, statt. Diese Ermittlungen lösten eine Reaktion aus, die gefährliche Folgen für die Demokratie haben könnte: Präsident URIBE erhob in seiner Eigenschaft als Bürger Klage gegen den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, Herrn Valencia, wegen Ehrverletzung. Dieser Schritt stieß auf Kritik, da eine Konfrontation zwischen zwei Mächten des Staates schwere Folgen haben könnte.

Nach der Ermordung von elf Geiseln am 28. Juni 2007 verurteilten die Regierungen Frankreichs, Spaniens und der Schweiz die Entführungen der FARC erneut und forderten die Regierung auf, bei Versuchen zur Befreiung von Gefangenen keine Gewalt anzuwenden und eine internationale Untersuchung der Geschehnisse einzuleiten. Präsident URIBE wies diese Erklärungen mit der Begründung zurück, dass die FARC und die Regierung darin über einen Kamm geschoren würden. Das Internationale Rote Kreuz, dem die Leichen übergeben

wurden, konnte die Urheberschaft des Verbrechens nicht endgültig klären, Beobachtern zufolge hatten jedoch wahrscheinlich die Águilas Negras ihre Hand im Spiel.

Die FARC halten weiterhin 750 Personen fest. Sie erklärten sich bereit, über die Freilassung von 45 dieser Geiseln (darunter 3 US-amerikanische Staatsbürger und die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid BETANCOURT, die französische Staatsangehörige ist) im Austausch gegen 500 inhaftierte Guerilleros zu verhandeln. Zu diesem Zweck forderten die Guerillagruppen die Entmilitarisierung von zwei kolumbianischen Städten, Pradera und Florida, um die Verhandlungen in diesen Gebieten abzuhalten.

Es herrscht Uneinigkeit über die Größe der entmilitarisierten Zone für die Verhandlungen. Am 7. Dezember 2007 kündigte URIBE an, die Regierung sehe eine sehr viel kleinere Zone vor, in der es keine Zivilbevölkerung und keine stationierten Truppen geben werde. Außerdem würde eine Gruppe von Vertretern der drei Vermittlerstaaten Frankreich, Spanien und Schweiz anwesend sein; darüber hinaus sei mit internationalen Beobachtern zu rechnen. Die Haftentlassung geschehe nur unter der Bedingung, dass die Freigelassenen nicht zur Guerilla zurückkehrten, wie es in den Richtlinien der FARC gewünscht wird.

Die Tatsache, dass URIBE das Vermittlungsangebot von Chávez im August 2007 annahm, stellt einen Markstein in den Beziehungen beider Länder dar, vor allem in Anbetracht der ideologischen Unterschiede zwischen beiden Staatschefs. Dem diplomatischen Geschick von Präsident CHAVEZ und der kolumbianischen Senatorin PIEDAD CORDOBA war es zu verdanken, dass zum ersten Mal eine gewaltlose Freilassung auf dem Verhandlungsweg erreicht werden konnte, wie dies die Familienangehörigen wünschen. Dennoch haben sich die Beziehungen nach der Befreiung von Clara ROJAS und Consuelo GONZÁLEZ, die fast sechs beziehungsweise sieben Jahre in Gefangenschaft verbrachten, beträchtlich verschlechtert.

Nach dieser ersten Freilassung rief Präsident CHÁVEZ dazu auf, die FARC von der europäischen Liste der terroristischen Vereinigungen zu streichen, sie als aufständische Gruppe anzuerkennen und ihr in Venezuela einen gewissen politischen Status zuzuerkennen.

Unsere Delegation wies diesen Vorschlag vor ihrer Reise nach Kolumbien einmütig zurück. Die Streichung der FARC von der Liste der terroristischen Vereinigungen hieße zu dem ursprünglichen Zustand von Ende 2001 zurückzukehren, bevor die Senatoren Jorge Gechem und Ingrid Betancourt entführt wurden.

Die Aussagen der von der FARC Entführten über ihre Haftbedingungen und das Interesse von Präsident SARKOZY an diesem Thema haben bei der internationalen Gemeinschaft ein enormes Interesse an der Befreiung der Entführten geweckt.

Die katholische Kirche und die Vermittlergruppe Frankreichs, Spaniens und der Schweiz nahmen ihre Vermittlungstätigkeit wieder auf, obwohl einigen unserer Beobachter zufolge keine Fortschritte zu erwarten sind, solange die FARC über den Kommunikationsweg zu Präsident CHÁVEZ verfügt.

Bilaterale Beziehungen

Die Beziehungen zwischen Kolumbien und der EU bestehen seit mehreren Jahrzehnten, und zwar auf drei Ebenen: im Rahmen des Dialogs und der Konzertierung mit den Gruppen aus lateinamerikanischen Ländern, genauer gesagt, der Rio-Gruppe, im Rahmen des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Andengemeinschaft und auf bilateraler Ebene zwischen der Europäischen Union und Kolumbien.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist Präsident URIBE, wie im Übrigen auch die mächtigen wirtschaftlichen Gruppen seines Landes, ein entschiedener Anhänger von Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und mit anderen Teilen der Welt. In den vergangenen Jahren gab es mehrere große Demonstrationen der indigenen Bevölkerung und der Arbeitnehmer gegen die Freihandelsabkommen mit den USA, die mit Polizei- und Militärgewalt aufgelöst wurden. Bisher wurde das Freihandelsabkommen vom US-Kongress noch nicht ratifiziert, da es von Kongressabgeordneten abgelehnt wird, die die hohe Anzahl der in Kolumbien getöteten Gewerkschaftler kritisieren.

Kolumbien steht in Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Andengemeinschaft. Das Abkommen besteht aus den drei Pfeilern Handelspolitik, Zusammenarbeit und politischer Dialog; Grundlage für die beiden letzten ist das Abkommen von 2003. Im April findet in Quito die dritte Verhandlungsrunde statt. Präsident URIBE tritt ebenso wie Präsident GARCÍA von Peru für rasche Verhandlungen ein bzw. dafür, den bilateralen Beziehungen Priorität einzuräumen, während Bolivien und in geringerem Maße auch Ecuador auf ein Abkommen dringen, das den bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten Rechnung trägt und die inländische Entwicklung begünstigt.

Nach Auffassung des Präsidenten Kolumbiens sind die Zusammenarbeit und der politische Dialog Garantien für eine Weiterentwicklung und Stabilisierung der Demokratie, die Achtung der Freiheiten und der Menschenrechte, die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Achtung der demokratischen Institutionen, aus denen jeder Staates besteht.

Begegnungen mit Mitgliedern der Exekutive:

Der **Präsident der Republik, Álvaro URIBE VÉLEZ**, empfing die Delegation **in Begleitung des Handelsministers, Luis Guillermo PLATA**, zu einem mehr als zweistündigen Gespräch, bei dem in offener und entspannter Atmosphäre die meisten Themen von beiderseitigem Interesse erörtert wurden.

Zu Beginn sprach sich der Präsident für einen raschen Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aus, in dem eine endgültige Lösung für die Bananenfrage gefunden und das Gefälle zwischen Bolivien und Ecuador berücksichtigt werden. Mit dem Abkommen könnten Investitionen angezogen und Märkte für den Absatz von Alternativerzeugnissen zum Kokaanbau erschlossen werden.

Zur Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen räumte er ein, dass etwa 5 % in diese Gruppen zurückgekehrt seien, in diesem Fall aber vom Staat bekämpft würden.

Die Regierung habe ihren guten Willen bei den Verhandlungen mit dem ELN bewiesen, indem sie vier Mitgliedern der Organisation den Status von Verhandlungsführern eingeräumt und zugestimmt habe, die Verhandlungen auf Kuba zu führen. Die terroristische Organisation sei aber nicht zu einer Einstellung der Feindseligkeiten als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen bereit.

In Hinblick auf die Verhandlungen mit den FARC sprach er sich für eine „Zone der Begegnung“ mit internationalen Beobachtern aus, in der es keine Bevölkerung und keine militärischen Truppen gebe. Einen Abzug des Staates aus den Städten Pradera und Florida, in denen etwa 140 000 Personen lebten, lehnte er ab.

Außerdem berichtete er über die Erfolge und Ziele seiner Regierung bei der Ausrottung der Kokapflanzen und nahm zur Kenntnis, dass die Europäische Union eine Rodung per Hand einer Begasung vorzieht. Er bat die internationale Gemeinschaft um Unterstützung bei der Durchführung dieser Tätigkeiten.

Abschließend ging er auf die Ursachen und Folgen des „Parapolitik-Skandals“ ein. Er bat die internationale Gemeinschaft um Geduld und sicherte zu, dass die Strafprozesse abgewickelt und bedrohte Personen Schutz erhalten würden, vor allem Gewerkschaftler und Mitglieder des Polo Democrático Alternativo (PDA). Zu der Behauptung, die bei diesem Skandal Beschuldigten kämen alle aus dem Lager Uribes, erklärt der Präsident, er weise jede Verbindung zu diesen Personen zurück. Die Uribe-Parteien seien alle ohne sein Zutun gegründet worden, daher sei die Parapolitik ihr Problem.

Die Delegation wurde außerdem empfangen von **Vizepräsident Francisco SANTOS** im Beisein des Zuständigen für das Programm der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Drogen und Kriminalität (UNODC). Der Vizepräsident erläuterte die Konzeption und die Ziele des Projekts „Geteilte Verantwortung“. Dieses Projekt, an dem die Ordnungskräfte und das Justizsystem mitwirkten, habe zum Ziel, den Kokaanbau durch den Anbau anderer Kulturen zu ersetzen. Herr SANTOS machte insbesondere auf die Folgen des Kokaanbaus für das Ökosystem, insbesondere das Wasser, aufmerksam. Pestizide, chemische Grundstoffe und Antipersonenminen hätten ebenfalls zur Zerstörung des Ökosystems beigetragen.

Der Kokaanbau habe zur Zerstörung von fast 2,5 Millionen Hektar Wald geführt, d. h. 300 000 Hektar jährlich. Seine Folgen könnten somit auf das Zehnfache der Folgen des Unfalls der Exxon Valdés veranschlagt werden. Die Regierung plane die Rodung von weiteren 100 000 Hektar Kokafeldern in diesem Jahr gegenüber 66 000 im Jahr 2007.

Aus wirtschaftlicher Sicht nehme die Drogenbekämpfung 1,3 % des BIP Kolumbiens in Anspruch.

Begegnungen mit Mitgliedern der Legislative und Vertretern der politischen Parteien:

Die Delegation wurde von den **Präsidenten des Senats und des Repräsentantenhauses, Nancy Patricia GUTIÉRREZ und Oscar ARBOLEDA**, empfangen, die zur Verfassungsreform und den Rechtsvorschriften für die Parteien Stellung nahmen.

Die Delegation kam zu einer Arbeitssitzung mit Abgeordneten des **Polo Democrático Alternativo** unter Vorsitz von **César GAVIRIA** zusammen. Herr GAVIRIA legte die Einstellung seiner Partei zu der Demonstration am 4. Februar dar und begrüßte die Menschenansammlung auf der Plaza Bolívar unter dem Motto „Für ein humanitäres Abkommen und die Beilegung des Konflikts mit Hilfe des Dialogs“. Dem Präsidenten warf er vor, die Demonstration auszunutzen, um für seine Wiederwahl zu webeb, für die bereits erneut Stimmen gesammelt würden.

Die Delegation empfing den ehemaligen Präsidenten Pastrana (Konservative Partei), der ebenfalls kritisierte, dass die Demonstration vom 4. Februar ausschließlich gegen die FARC gerichtet gewesen sei.

Begegnung mit Mitgliedern der Judikative:

Die Delegation traf mit dem **Generalstaatsanwalt (Fiscal general de la Nación) Luis GONZÁLEZ** zusammen, der auf die Unterstützung der Regierung bei der Bekämpfung der Straflosigkeit hinwies.

Er räumte Schwächen des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ ein, erklärte jedoch, es enthalte die notwendigen Instrumente, um für Gerechtigkeit zu sorgen, die Opfer und ihre Familien zu entschädigen und die Wahrheit zu ermitteln. Die bisherigen Geständnisse hätten es ermöglicht, 1400 Gräber ausfindig zu machen.

Das größte Problem bei der Umsetzung des Gesetzes bestehe darin, dass nur geringe Mittel für die Untersuchung von sehr viel mehr Delikten zur Verfügung stehen, als sie bei Verabschiedung des Gesetzes erwartet worden seien. Die Untersuchungen brauchten Zeit, um die Beweise zusammenzustellen, mit denen die Anklagen formuliert werden könnten. Deshalb sei es bisher noch nicht zu Prozessen gekommen. Die wichtigsten Führer der Paramilitärs befänden sich jedoch in Hochsicherheitsgefängnissen.

Außerdem trafen die Abgeordneten mit **Generaldisziplinaranwalt (Procurador general de la Nación) Edgardo MAYA** zusammen, der auf die Lage in den Gefängnissen seines Landes hinwies und erklärte, die Häftlinge lebten unter sehr beengten Verhältnissen. Er teilte mit, dass zehn neue Haftanstalten gebaut würden. Zu den Prioritäten zähle die Rehabilitierung und Wiedereingliederung der Häftlinge in die Gesellschaft.

Auf entsprechende Fragen der Delegationsmitglieder entgegnete er, die Zahl der außergerichtlichen Hinrichtungen sei leicht angestiegen, obwohl die Anzahl der Prozesse

gegen Angehörige der Streitkräfte seit der Regierungsübernahme von Präsident URIBE zurückgegangen sei.

Im Zusammenhang mit der Klage von Präsident URIBE gegen den ehemaligen Präsidenten des **Obersten Gerichtshofs** bat die Delegation um ein Treffen mit dem ehemaligen **Gerichtspräsidenten César Julio VALENCIA** und dem derzeitigen Präsidenten, **Francisco RICAURTE**.

Mit beiden Richtern fand ein Meinungsaustausch über die Umsetzung des Gesetzes „Gerechtigkeit und Frieden“ und die Beeinflussung von Abgeordneten statt.

Zur Klage von Präsident URIBE erklärten sie, der gesamte Oberste Gerichtshof unterstütze vorbehaltlos den ehemaligen Präsidenten C.S. Valencia. Ferner äußerten sie, Konflikte zwischen den Gewalten seien niemals zu begrüßen, in dem Fall, den Herr VALENCIA als „Zwischenfall“ bezeichnete, handele es sich jedoch um eine Klage des Präsidenten in seiner Eigenschaft als Bürger.

Die Delegation drängte bei Präsident Uribe und beim Präsidenten des Obersten Gerichtshofs darauf, dass der Vorfall in diesem Rahmen rein persönlichen Charakter behalten müsse. Jede Konfrontation zwischen den Institutionen gefährde die Grundsätze des Rechtsstaates in Kolumbien.

Begegnungen mit Mitgliedern der Zivilgesellschaft:

Die Lage der Menschenrechte in Kolumbien wurde sowohl mit Vertretern von Organisationen der Zivilgesellschaft als auch mit **Javier HERNÁNDEZ**, Beauftragter des Amtes des **Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen in Kolumbien**, erörtert.

Letzterer verwies auf die noch bestehenden Lücken im Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ sowie bei dessen Anwendung auf die Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen. Seines Erachtens sei das Gesetz verbesserungsbedürftig und mit Mängeln behaftet, da der Kompensationsfonds wahrscheinlich mit öffentlichen Mitteln finanziert werde.

Die verkürzten Strafen, die das Gesetz im Falle von Geständnissen vorsehe, hätten zu 60 % mehr Geständnissen als vorhergesagt geführt. Dadurch zögen sich die Untersuchungen angesichts des Mangels an Staatsanwälten und aufgrund der Tatsache, dass ein Geständnis den Staat natürlich nicht der Beweisführungspflicht enthebe, länger hin.

Bisher seien noch keine führenden Militärangehörigen angeklagt oder beschuldigt worden.

Er berichtete über die außergerichtlichen Hinrichtungen, die Ermordung von 400 Gewerkschaftlern und Lehrern in den vergangenen fünf Jahren sowie von 3000 Mitgliedern der Unión Patriótica. Zu den Morden in verschiedenen Orten, etwa in San José de Apartadó, wo 184 Personen getötet wurden, erklärte er, der Interamerikanische

Menschenrechtshof habe eine Petition an die Regierung gerichtet, in der Sondermaßnahmen gefordert werden.

Die Mitglieder der **NRO für die Verteidigung der Menschenrechte und die Vertreter von Opferverbänden** gaben an, die Menschenrechtssituation habe sich nicht verbessert und die Anzahl der Ermordungen sei nur geringfügig zurückgegangen. Nach durchschnittlich 9 Todesfällen täglich im Jahr 2002 sei man seit dem Regierungsantritt von Präsident URIBE nun bei acht täglich angelangt. Dies liege teilweise daran, dass durch die Demobilisierung der AUC die Massaker abgenommen hätten, auch wenn es noch zu einzelnen Morden komme, bei denen die Mörder die Opfer als im Kampf getötete Guerilleros tarnten. In den vergangenen 25 Jahren seien 2515 Gewerkschafter ermordet worden, in anderen Quellen sei sogar von 4000 die Rede. Die Morde an Beschäftigten der Unternehmen Nestlé und Coca Cola wurden ebenfalls erwähnt, diese Unternehmen seien bereits vor Gericht verklagt worden.

Zur Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen räumten sie zwar ein, die Zahl der Festgenommenen liege bei mehr als 30 000, von ihnen seien aber viele heute Mitglieder neuer paramilitärischer Organisationen. Daher dauere die Flucht der Bevölkerung an; seit dem Regierungsantritt von Präsident URIBE seien 1 170 000 Personen betroffen.

Abschließend sprachen sie über die indigene und die afro-kolumbianische Bevölkerung, die stark bedroht sei und deren Existenz zudem durch die Enteignung von Land, die Begasungen und das Ersetzen von Kulturen für die Nahrungsmittelerzeugung durch solche zur Erzeugung von Biokraftstoffen gefährdet sei.

Nach diesen Ausführungen zeigten sich die Delegationsmitglieder erstaunt über die derart negative Darstellung der Lage, die weder mit dem Eindruck, den sie in den Straßen gewonnen hatten, noch mit den Informationen der anderen Gesprächspartner übereinstimmte. Sie äußerten sich vor allem verwundert darüber, dass im Zentrum aller Anschuldigungen, darunter auch im Zusammenhang mit bestimmten Morden, Präsident Álvaro URIBE stand.

Sonstige Begegnungen:

Die Delegation wurde vom **Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Monsignore Luis Augusto CASTRO, in Begleitung des** Direktors von „Pastoral Social“ (Caritas Kolumbien), Monsignore Héctor Fabio Henao, und Pater Echeverri, Beauftragter für die Verhandlungen mit den FARC, empfangen. Sie erläuterten den Vorschlag für eine Vermittlung durch die katholische Kirche und wiesen darauf hin, dass Präsident URIBE die Bedingungen für die entmilitarisierte Zone festgelegt habe. Die Führer der FARC hätten noch nicht auf diesen Vorschlag reagiert, u. a., weil die Vermittlung durch Präsident CHÁVEZ, die noch andauere, es den Verantwortlichen der FARC ermögliche, Zeit zu gewinnen. Der Vorschlag, eine größere Vermittlergruppe einzurichten, hätte ähnliche Folgen.

Die Vermittlerrolle der katholischen Kirche wird unterstützt durch ihre Präsenz auch in den Kommunen, in denen der Staat nicht anwesend ist, sowie durch ihre gute Kenntnis der Lage und die Achtung der Institutionen.

Abschließend brachten sie ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass der Konflikt nur mit einer Lösung auf dem Verhandlungsweg beendet werden könne, und die fünf Bedingungen, an die Präsident Uribe die Verhandlung geknüpft habe, abgeschwächt werden müssten.

Außerdem wurde die Lage der vor dem Konflikt geflohenen Menschen angesprochen, die durch das Fehlen umfassender Hilfe durch den Staat erschwert werde. Die Hilfe sei auf reine Betreuung beschränkt.

Die Rückkehr der Flüchtlinge werde durch die widerrechtliche Aneignung von Land und durch die Angst vor Repressalien im Falle von Klagen erschwert. Vielleicht sei dies eine Lücke im Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“.

Wie schon bei früheren Besuchen wurde die Delegation vom **Bürgermeister der Stadt Bogotá, Samuel MORENO**, empfangen, der sich in gewisser Hinsicht von den Äußerungen der Führung seiner Partei, des Polo Democrático, zur Lage im Lande distanzierte. Der Bürgermeister sprach von einer Art „Opfergefühl“ in den obersten Rängen der Partei, die zum Teil auf die im Land festzustellende Polarisierung zurückzuführen sei. In diesem Zusammenhang hätten die Parteispitzen den Eindruck gehabt, man werfe ihnen eine FARC-freundliche Haltung vor, da sie den Protestmarsch am 4. Februar nicht uneingeschränkt unterstützt hätten. Seines Erachtens hätten alle Teilnehmer an der Demonstration vom 4. Februar gemeinsam friedlich demonstriert, wenn auch unter unterschiedlichem Motto.

Der Bürgermeister zeigte sich besorgt über die schwierigen Beziehungen zu Venezuela, da die Schließung der Grenzen nachteilige Folgen für die Exporte einiger Industriezweige in Kolumbien hätte, vor allem den Textil-, Konfektions- und Nahrungsmittelsektor.

Die Delegation hatte außerdem eine Arbeitssitzung mit der Direktorin von „**Pais libre**“, **Olga Lucía GÓMEZ** (ebenfalls Kritikerin des einseitigen Charakters der Demonstration vom 4. Februar), die über die umfassende und kostenlose Betreuung der Organisation für Opfer und deren Angehörige berichtete. Sie machte auch darauf aufmerksam, dass Entführungen unter Umständen nicht strafrechtlich verfolgt würden, und zwar größtenteils wegen der Drohungen, die Opfer und ihre Angehörigen erhielten. Ursprünglich hätten die Entführungen zur Finanzierung der Guerilla gedient, heutzutage geschehe dies jedoch hauptsächlich mit dem Drogenhandel.

Ferner fand ein Arbeitessen mit dem **ehemaligen Präsidenten Andrés PASTRANA** statt, der an die gescheiterten Verhandlungen mit den terroristischen Vereinigungen während seiner Amtszeit (zu der die Vereinigungen noch nicht auf der Liste der terroristischen Organisationen standen) und an die Gründe erinnerte, die zur Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone geführt hatten. Er erklärte, umfassende Kenntnisse des Charakters der

FARC zu besitzen, und kritisierte die Ablehnung des derzeitigen Präsidenten, Verhandlungen mit ihnen zu führen.

Der ehemalige Präsident betonte, die Präsenz der internationalen Gemeinschaft hätte im Falle eines möglichen humanitären Abkommens große Bedeutung, da sie die Erfüllung der Bedingungen durch beide Seiten garantiere.

Anschließend erklärte er, der US-Kongress sei bei der Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen Kolumbien und den USA in eine Sackgasse geraten.

Darüber hinaus fand eine Arbeitssitzung mit **Frank PEARL, dem Hohen Kommissar für die wirtschaftliche und soziale Integration**, statt, der auf die Demobilisierung, ihre Umsetzung und die damit verbundenen Probleme einging. In den vergangenen fünf Jahren seien 45 000 Personen demobilisiert worden, von denen 32 000 zu den paramilitärischen Gruppen und 8000 zu den FARC gehörten. Die Integration werfe enorme Probleme auf, sowohl in Hinblick auf die Rückkehr in die Familien als auch auf die Wiedereingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt, für den sie kaum qualifiziert seien. Außerdem sprach er das Problem der Minderjährigen an, die für die Guerillagruppen angeworben werden, und insbesondere die Bemühungen, die im Bildungsbereich unternommen würden, um zu verhindern, dass die Jugendlichen in Zukunft das Gefühl hätten, sie müssten sich angesichts der mangelnden sozialen Integration Guerillagruppen anschließen.

Besuch in der Provinz Nariño

In der Provinz Nariño, an der Grenze zu Ecuador gelegen, konnte die Delegation ein von der EU finanziertes Friedenslabor besuchen.

Die Delegation traf mit Vertretern der **indigenen Bevölkerungsgruppen von Cauca und Nariño** zusammen, die aus ihrer Sicht über die Auswirkungen berichteten, die das kolumbianische Entwicklungsmodell und der Konflikt im Land auf ihre Kultur haben.

Anschließend erläuterten sie der Delegation die Zusammensetzung und Arbeitsweise des „Parlamento indígena popular“ (Parlament der indigenen Bevölkerung).

Zum Schluss sprachen sie noch die Folgen des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten und des Assoziationsabkommens mit der EU für ihre Gebiete an. Diese Abkommen brächen mit ihrer traditionellen Anbauweise, da sie dazu verpflichteten, für den Export anstelle des inländischen Verbrauchs zu erzeugen. Sie schlugen vor, in den Abkommen ausdrücklich auf organische Kulturen als Alternativen zum Kokaanbau hinzuweisen.

Die Vertreter der indigenen Völker brachten ihre vorbehaltlose Unterstützung für die Friedenslabors der Europäischen Union zum Ausdruck und forderten deren Weiterführung.

Die Delegation wurde vom **Gouverneur von Nariño, Antonio NAVARRO WOLF**, empfangen, der auf die Einflüsse des Konflikts im Lande auf seine Provinz einging. Acht Guerillagruppen und paramilitärische Vereinigungen seien aktiv, es gebe illegalen Anbau

und Flüchtlingsbewegungen. Er habe vor, sich auf die Unterstützung der indigenen und afro-kolumbianischen Bevölkerung und die Friedenslabors der Europäischen Union zu stützen, um die Region schrittweise zu stabilisieren.

Ferner fand ein Treffen mit Vertretern der Zivilgesellschaft der Kommunen statt, für die das zweite Friedenslabor eingerichtet wurde. Es ist zwar kein Programm der Regierung, wird jedoch von ihr unterstützt. Derzeit werden 1300 Projekte durchgeführt. Ihr allgemeines Ziel ist es, eine Kultur des Friedens zu schaffen und für die lokale Entwicklung über Projekte, an denen die Gemeinschaften selbst mitwirken, eine Perspektive zu bieten. Auf diese Weise soll eine Antwort auf die Ungleichheit, das Fehlen starker Institutionen, die Verschlechterung der Umwelt und Diskriminierungen im sozialen und kulturellen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich gegeben werden. Das Ergebnis werde ein nachhaltiges Modell für eine regionale Entwicklung sein, die mit dem Schutz des Gebiets vereinbar ist.

Die Vertreter der Zivilgesellschaft bitten um Weiterführung des Friedenslabors und schlagen vor, Mechanismen vorzusehen, die mit ihren alternativen Erzeugnissen zu Kokapflanzen (Kaffee, biologische Landwirtschaft, Bergbauerzeugnisse), die sie der Delegation in einer Ausstellung präsentieren einen gerechten Handel mit der EU ermöglichen,

Im Rahmen des Besuchs in Nariño fand auch ein Essen mit den Bürgermeistern der afro-kolumbianischen Gemeinschaften in der Küstenregion Tumaco und anschließend ein Treffen mit Vertretern der afro-kolumbianischen Minderheit statt. Deren soziale und politische Rechte seien zwar im Gesetz anerkannt, doch lasse eine praktische Regelung aufgrund des fehlenden politischen Willens seit vierzehn Jahren auf sich warten. Sie sprechen sich ebenfalls für die Einrichtung eines Friedenslabors aus, die allerdings schwieriger sein werde als die des zweiten Friedenslabors (das sich im Gebirge befindet), da die Region Tumaco Ausgangspunkt für die Verschiffung von Kokain sei.

Treffen in Cali:

Die Delegation traf mit Vertretern der indigenen Stadträte von Florida und Pradera zusammen, den Städten, für die die Vertreter der FARC die Umwandlung in eine entmilitarisierte Zone fordern.

Die Vertreter der Stadträte erklärten, keiner, auch nicht die Troika Frankreich, Spanien, Schweiz, habe sie während des Konflikts und der Diskussion über Vorschläge der Regierung für den Frieden konsultiert oder über den Inhalt der Vorschläge unterrichtet. Die Flüchtlingsbewegungen und die Begasungen hätten jedoch weitreichende Folgen für die indigene Bevölkerung gehabt.

Durch die Polarisierung der Gesellschaft in Hinblick auf die entmilitarisierte Zone seien die indigenen Gemeinschaften in eine schwierige Lage geraten, da man sie in keiner Weise konsultiert habe. Sie befürchteten zudem, dass durch diese Polarisierung der Autonomie, die sie vor dem Hintergrund des Kriegszustands in der Vergangenheit genossen hätten, ein Ende bereitet werden könnte, und erklärten, eine „Zone der Entspannung“ sei besser als die „Zone des Krieges“, in die sich ihre Region verwandelt hätte, forderten jedoch, gehört zu werden.

Auf dem Rückweg von Cali fand auf dem Flughafen von Bogotá eine Begegnung mit der Senatorin Consuelo González, statt, die kürzlich befreit wurde. Sie berichtete, sie habe nach ihrer Befreiung bis zu dem Moment, in dem sie und Clara Rojas in die Hubschrauber des Roten Kreuzes und Venezuelas steigen konnten, zwanzig Tage zu Fuß gehen müssen, unter dem ständigen Gewehr- und Bombenbeschuss der kolumbianischen Streitkräfte. Dies mache die Gefährlichkeit der „gewaltsamen“ Befreiungsversuche deutlich, die umso absurder gewesen seien, als die Befreiung beider Frauen bereits erreicht worden war. Sie habe überschlagen, dass bereits 20 der von den FARC für einen Austausch vorgeschlagenen Geiseln bei bewaffneten Befreiungsversuchen getötet worden seien.

Fazit:

Der Besuch der Arbeitsgruppe der Delegation hat sowohl auf politischer Ebene als auch auf der Ebene der Vermittler großes Interesse gefunden. Dazu trug die Tatsache bei, dass er nach der Befreiung von zwei Entführten, Clara ROJAS und Consuelo GONZÁLEZ, stattfand und mit der großen Demonstration zusammenfiel, die weltweit mitverfolgt wurde und bei der ein Ende der Entführungen, der Gewalt und des Terrorismus im Allgemeinen gefordert wurden. Über die Teilnahme der Delegation an der Demonstration wurde in den Medien ausführlich berichtet.

Die Popularität von Präsident URIBE, vor allem in der Hauptstadt, der neben Präsident Correa von Ecuador zu den beliebtesten Politikern in Lateinamerika gehört, ist kein Zufall. Die allgemeine Demobilisierung der Paramilitärs und einzelner Mitglieder der FARC und des ELN hat, neben dem zahlenmäßigen Rückgang der paramilitärischen Gruppen, zu einer Verbesserung der Sicherheit in den Städten geführt. Hinzu kommt die gute wirtschaftliche Lage, die jedoch nicht nachhaltig ist (auch nicht im rechtlichen Bereich). Die Tatsache, dass sich die Beziehungen zu Präsident CHÁVEZ während und nach dessen Tätigkeit als Vermittler mit den FARC verschlechtert haben, habe eine Welle des Nationalismus in der kolumbianischen Gesellschaft ausgelöst.

Die Verhandlungen mit den FARC kommen nicht voran, da die Ausgangspunkte beider Seiten nicht miteinander vereinbar sind: Die Regierung lehnt die Einrichtung einer entmilitarisierten Zone ab, die FARC die vom Präsidenten vorgeschlagenen Bedingungen. Auch mit dem ELN gibt es keine großen Fortschritte, selbst wenn noch nicht alle Türen geschlossen sein sollen. Die Vermittlung der katholischen Kirche auf der einen und die von Präsident Chávez auf der anderen Seite könnten eine Möglichkeit sein, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden.

Die Europäische Union hat die Möglichkeit, die FARC auf der Liste der terroristischen Vereinigungen zu belassen oder ihr den Rechtsstatus wieder einzuräumen, den sie vor Ende 2001 hatte. Die Union verfügt jedoch über eine nicht zu unterschätzende Verhandlungsstärke, um ein humanitäres Abkommen zu beschleunigen. Ihre Friedenslabors, die von den Zielgruppen sehr gut aufgenommen werden, sind weitere Pluspunkte.

Die Gesellschaft scheint sich angesichts der ins Stocken geratenen Verhandlungen immer stärker zu polarisieren und in Befürworter und Gegner der entmilitarisierten Zone, Anhänger und Gegner von Uribe und seiner Wiederwahl zu spalten. Die Demonstration, an der sich sehr viele Menschen beteiligten, hat einige Organisationen der Zivilgesellschaft dazu veranlasst, zu einem erneuten Protestmarsch im März gegen die paramilitärischen Gruppen aufzurufen, da Hauptzweck der Demonstration im Februar ihres Erachtens die Verurteilung der FARC war.

Natürlich fehlt es nicht an Kritik an der Lage durch politische Kreise und Vertreter der Zivilgesellschaft. Das Gesetz „Gerechtigkeit und Frieden“ hat bislang noch nicht zur Verurteilung eines einzigen Führers der paramilitärischen Gruppen geführt. Die außergerichtlichen Hinrichtungen gehen weiter, ohne dass die notwendigen Untersuchungen angestellt werden, um eine Nichtahndung der Verbrechen zu verhindern.

Die Verhandlungen zwischen der EU und der Andengemeinschaft werden von der Regierung, die sich für einen raschen Abschluss ausspricht, vorbehaltlos unterstützt. Selbst im Falle eines Rückschritts befürwortet sie bilaterale Verhandlungen und schließt sich damit dem Vorschlag Perus an, der jedoch dem europäischen Vorschlag zuwiderläuft, Verhandlungen ausschließlich zwischen den beiden Blöcken zu führen.

Einige Organisationen der Zivilgesellschaft brachten ihre Besorgnis über das Abkommen zum Ausdruck, die sie u. a. damit begründeten, man habe sie nicht über die Unterschiede zum Freihandelsabkommen informiert, das kürzlich mit den Vereinigten Staaten ausgehandelt wurde. Eine Informationskampagne muss durchgeführt werden, um die Unterschiede hervorzuheben und auf das Bestehen der beiden Pfeiler Zusammenarbeit und politischer Dialog hinzuweisen.

*
* *

PARLAMENTO EUROPEO

<http://www.europarl.europa.eu>

Delegación para las Relaciones con los Países de la Comunidad Andina

Grupo de trabajo a Colombia

04 - 08 de febrero de 2008

Lista de Participantes

Miembros de la Delegación

Nombre	Apellido	Grupo político	País
Sr. Alain	LIPIETZ, Presidente de la delegación <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Asuntos Jurídicos, Miembro• Comisión de Comercio Internacional, Miembro	Verts/ALE	Francia
Sra. Gabriela	CRETU, 1º Vicepresidenta de la delegación <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor, Miembro	PSE	Rumania

Sr. Vittorio	AGNOLETTO <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Asuntos Exteriores	GUE/NGL	Italia
Sr. Armando	FRANÇA <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior, Miembro	PSE	Portugal
Sr. Daniel	HANNAN <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor, Miembro	PPE-DE	Reino Unido
Sr. Íñigo	MÉNDEZ de VIGO <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Asuntos Constitucionales, Miembro	PPE-DE	España
Sr. Oldřich	VLASÁK <ul style="list-style-type: none">• Comisión de Desarrollo Regional, Miembro	PPE-DE	República Checa

Grupos Políticos de los Miembros de la Delegación

PPE-DE	-Grupo del Partido Popular Europeo (Demócrata-Cristianos) y Demócratas Europeos
PSE	-Grupo del Partido de los Socialista Europeos
ALDE	-Grupo de la Alianza de los Demócratas y Liberales por Europa
UEN	-Grupo Unión por la Europa de las Naciones
Verts/ALE	-Grupo de los Verdes/Alianza Libre Europea
GUE/NGL	-Grupo Confederal de la Izquierda Unitaria Europea/Izquierda Verde Nórdica
IND/DEM	-Grupo Independencia/Democracia
NI	-No inscritos

Secretaría de la Delegación

Sr.	Luis	MARTÍNEZ-GUILLÉN	Administrador Principal
Sr.	Raymond	HERDIES	Asistente principal

Secretarías de los Grupos Políticos

Sr.	Juan	SALAFRANCA	Consejero grupo PPE-DE
Sr.	José Antonio	GIL DE MURO	Consejero grupo PSE
Sra.	Gaby	KÜPPERS	Consejera grupo Verts/ALE

Intérpretes

Sra.	Pilar	ANTELO SANCHEZ	ES/EN Jefe de equipo
Sra.	Frances	ASHLEY	EN
Sr.	Hugo	POOLEY	EN

PARLAMENTO EUROPEO

DELEGACIÓN PARA LAS RELACIONES CON LOS PAÍSES DE LA COMUNIDAD ANDINA

Visita a Colombia - 03 - 08 de Febrero de 2008

Domingo, 3 de febrero de 2008		Europa / Bogotá
16h10	Llegada del diputado Alain LIPIETZ en el AF 422	
16h35	Llegada a Bogotá, aeropuerto El dorado IB 6741 y Traslado de la delegación e instalación en el HOTEL HACIENDA ROYAL Calle 114 No. 6-02 Tel: (57-1 6578900) Fax: (57-1 6578916) Contacto: Maria Camila Fonnegra (315 8934315)	
19:30	Reunión informal con la Comisión Europea en el hotel	
Lunes, 4 de febrero de 2008		Bogotá
9h00	Briefing/Café con los Embajadores de los Estados Miembros acreditados	
10h00	en Colombia Contacto: Maria Camila Fonnegra (315 8934315) Lugar: Hotel Hacienda Royal – Salón Dominique's Excmo. Sr. Don MICHAEL GLOTZBACH, Embajador de Alemania Excmo. Sr. Don HANS-PETER GLANZER, Embajador de Austria Excmo. Sr. Don JORIS COUVREUR, Embajador de Bélgica Excmo. Sr. Don ZDENEK KREJCI, Embajador de la República Checa Excmo. Sr. Don ANDRES COLLADO, Embajador de España Excmo. Sr. ALAIN FORT, Encargado de Negocios Embajada de Francia Excmo. Sr. Don HAYDON WARREN-GASH, Embajador de Gran Bretaña Excmo. Sr. FABIO MESSINERO, Encargado de Negocio Embajador de Italia Excmo. Sr. Don FRANS VAN HAREN, Embajador de los Países Bajos Excmo. Sr. Don HENRYK KOBIEROWSKI, Embajador de Polonia Excmo. Sr. Don AUGUSTO SARAIVA PEIXOTO, Embajador de Portugal Excma. Sra. Doña. LENA NORDSTRÖM, Embajadora de Suecia Excma. Sra. Doña. MARIA SIPOS, Embajadora de Rumania	
10h30	Reunión con familiares de secuestrados y organizaciones (victimas de FARC,	
11h30	AUC, ELN) - Sra. Ángela de Pérez, Sra. Lucy de Gechen, Sra. Marleny Orjuela, Asfamipaz familiares de policías y soldados secuestrados, Profesor Gustavo Moncayo, Clara Rojas, Clara de Rojas y Consuelo González de Perdomo. Lugar: Hotel Hacienda Royal – Salón Dominique's	
11h30	Reunión con la Sra. Olga Lucía Gómez, Directora de País Libre	
12h00	Contacto: ogomez@paislibre.org Lugar: Hotel Hacienda Royal – Salón Dominique's	
13h00	Almuerzo con el ex presidente Andrés PASTRANA	
14h30	Contacto: Adela 6405350	

- 16h10 Lugar: Gun Club – Salón Living
Llegada a Colombia del Diputado VLASAK en el AF 422
- 15h00 de la**
16h00 **Reunión con Javier Hernández, Representante Encargado de la Oficina**
Alta Comisionada de los Derechos Humanos de las Naciones Unidas en Colombia.
Contacto: Doris 6583300 ext 137 Fax 6583301
- Lugar: Teleport – Calle 113 No. 7-45 Torre B – Of 1101
- 17h00**
18h30 **Reunión con la Sociedad Civil, ONG Defensoras de DH y**
Movimiento de Víctimas
Lugar: Hotel Hacienda Royal – Salón Dominique's
1. Coordinación Colombia / Europa / Estados Unidos,
 2. Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (CCAJAR),
 3. Movimiento de Víctimas, Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP),
 4. Central Unitaria de Trabajadores (CUT),
 5. Organización Indígena de Colombia (ONIC),
 6. Proceso Comunidades Negras (PCN),
 7. Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (CODHES),
 8. Red Colombiana de Acción frente al libre comercio y el Alca (RECALCA),
 9. Jesus Emilio Tuberquia, Comunidad San José de Apartado –
- 19h00**
19h30 **Salida hacia el Gun Club**
Cena con Carlos GAVIRIA, Presidente del Polo Democrático
Alternativo
- 21h30 **(PDA) / Partido en la oposición, y segundo en las elecciones**
presidenciales de 2006
Contacto: 2886188 Consuelo Gaitán (Sandra Milena)
Lugar: Gun Club – Salón Senado (Claudia Merchán 2966810 Fax 4810176)

Martes, 5 de febrero de 2008	Bogotá
-------------------------------------	---------------

- 7h15** **Salida del Hotel**
- 7h30** **Desayuno ofrecido por el Sr. Vicepresidente de la República de Colombia, Sr.**
- 9h30** **Francisco Santos y el Director en Colombia de UNODC, Sr. Ado Lale para presentar y discutir el Proyecto de "Responsabilidad Compartida". Asiste el Director de la Oficina Nacional de Estupefacientes, Sr. Carlos Albornoz**
Contacto: María Elena Romero Rocha, Coordinador Proyecto 6467000 ext 551 / 314 3300949
Lugar: Calle 102 No. 17^a-61
- 10h00**
10h45 **Reunión con el Sr. Frank PEARL, Alto Consejero para la Reintegración Económica y Social**
Contacto: Blanca Muñoz 562 95 18 /26 (frankpearl@presidencia.gov.co / blancamunoz@presidenica.gov.co)
Lugar: Presidencia de la República

- 11h00** **Audiencia con el Sr. Álvaro URIBE VELEZ, Presidente de la República de**
11h45 **Colombia, el Sr. Fernando ARAUJO, Ministro de Relaciones Exteriores y el Ministro de Comercio, Industria y Turismo, Sr. Luís Guillermo PLATA**
 Contacto: Yolanda Riaño – Dirección de Protocolo MRE /5627628/29)
 Lugar: Casa de Nariño (entrada por la séptima)
- 13h00** **Almuerzo con el Sr. Mario IGUARAN, Fiscal General de la Nación.**
14h30 Contacto: Carolina Roza (570 2092 / 4149000 ext 2236)
 Lugar: Jockey Club – (Cr. 6 No. 15-18) / Mercedes Ramírez - 3341120
- 15h00** **Audiencia con la Honorable Presidenta del Senado, Sra. Nancy Patricia Gutiérrez y honorable Presidente de la Cámara de Representantes, Oscar Arboleda Palacio.**
15h45 Contacto: Emma Elisa Illera 3825287 /88 Cel: 311 4620397 / 315 2256016
 Lugar: Capitolio Nacional – ingreso parqueadero
- 16h30** **Reunión con el Sr. Samuel Moreno, Alcalde Mayor de Bogotá**
17h15 Contacto: Carolina Valencia, Secretaria Privada 3813000 ext 1031 (Edgar Munevar)
 Lugar: Palacio Liévano
- 17h30** **Reunión con el Sr. Procurador General de la Nación, Edgardo Maya Villazón**
18h30 Contacto: Silva/Amparo 3360011
 Lugar: Carrera 5 # 15-80
Cena Libre

Miércoles, 6 de febrero de 2008	Bogotá / Pasto
--	-----------------------

- 7h30** **Check-out y salida del Hotel**
- 8h00** **Desayuno ofrecido por la Directora del Instituto Colombiano de Bienestar Familiar (ICBF), Sra. Elvira Forero en el Hotel Hacienda Royal**
 Contacto: Amanda Molina, Jefe Of. Cooperación y Convenios 3104809453
 Lugar: Hotel Hacienda Royal (organiza el ICBF)
- 9h30** **Reunión con Monseñor Luís Augusto Castro, Presidente de la Conferencia**
- 10h30** **Episcopal Colombiana, Padre Darío Echeverri, Comisión Nacional de Conciliación y Monseñor Héctor Fabio Henao, Director Pastoral Social**
 Contacto: Amanda 4375559 / Nancy 310 8124 - 6305917
 Lugar: Conferencia Episcopal – Cr. 58 No. 80-87
- 11h30** **Rueda de Prensa**
12h00 Lugar: Edificio World Business Port
 Carrera 69 # 25 –B - 44
 Edificio de la Embajada de Alemania, primer piso, sala 3, de las 11 a la 1 p.m.
- 12h00** **Salida hacia el aeropuerto y almuerzo ligero en el aeropuerto**
- 14h20** **Vuelo AV8597 hacia Pasto**
- 15:35**
- Recogen responsables del Proyecto II LP y traslado al Hotel**

Contacto: Álvaro Santa Cruz (312 2884320 – asopatia@yahoo.es) / Franco Vincenti (3108040816)

16h30 Reunión con representantes de los Pueblos Indígenas de la región del Cauca y

18h00 Nariño Consejo Regional Indígena del Cauca (CRIC, UNIPA, y CAMAWARI (Pueblo AWA): Los pueblos indígenas mostrarán su problemática, presentarán en su agenda de diálogo, propuestas relacionadas con el conflicto, los problemas ambientales, de tierras y territorios que ocupan. El CRIC, hablará de su problemática trabajada últimamente, el territorio, la violación de los derechos humanos, los peligros y amenazas latentes para los pueblos indígenas y la proyección de los Pueblos Indígenas desde el Plan Regional de Vida. La problemática indígena AWA no solamente esta asociada a la frontera, son muchos los problemas que los aquejan. El Cric, expondrá argumentos sobre el TLC y sus consecuencias, la necesidad de crear garantías a la protección de los DDHH.

Lugar: Chachawi (organiza el II LP)

Traslado al HOTEL AGUALONGO

Contacto: Hugo Bravo

Cr. 25 No. 17-83 / Tel: (572 7 7235215) Fax: (572 7 7230604)

18h30 Reunión con el Gobernador de Nariño, Sr. Antonio Navarro Wolf y su gobierno

20h00 departamental / Cena ofrecida por el Gobernador

Jueves, 7 de febrero de 2008	Pasto / Tumaco / Cali
-------------------------------------	------------------------------

8h00 Desplazamiento a Sede de Corponariño y Asopatia

8h30 Instalación Feria y encuentro con comunidades: *La Feria* es un espacio que permite

8h45 organizar en un amplio espacio, en forma de Stand de exposiciones, a modo de muestra, por temas, un conjunto de informaciones, presentadas por interlocutores directos (Beneficiarios, afectados, representantes de procesos sociales, etc.), a través de fotos, carteles, afiches, pendones, objetos, artesanías, productos, muestras de videos cortos, periódicos, revistas, etc.; sus mensajes. La idea es permitir que los Europarlamentarios y la comitiva acompañante, puedan observar, preguntar, percibir, preguntar e intercambiar opiniones sobre los temas relacionados y de su interés con los participantes. Se destinará personal con información y documentación para entregar. El Laboratorio mostrará logros y avances, visibilizará los Procesos Estratégicos, la problemática de DDHH y 3.) Fumigaciones y resistencia, desarrollo alternativo, impacto de las fumigaciones.

FERIA: La feria es un tema transversal con tres bloques estratégicos, (Fumigaciones, resistencia y desarrollo alternativo, DDHH y desplazamiento y los Procesos Estratégicos del IILP. La Feria permitirá mostrar los avances en la estrategia desde el IILP. Al final se realizará un gran Foro en forma de plenaria, para concluir y permitir la reacción de los Parlamentarios y de la comisión de la DCE.

Bloque temático de DDHH y Desarraigados. (Desplazados):

CR\718885DE.doc

21

PE405.619

Externe Übersetzung

DE

En este bloque serán convocadas representantes de las organizaciones y de desplazados participantes de programas, adelantados por entidades de orden departamental, nacional e internacional (ACNUR). Igualmente del PIUR de Nariño

Lugar: Feria de Exposiciones

Bloque Temático de Fumigaciones, cultivos de Uso ilícito y Desarrollo

alternativo: En este bloque serán convocados representantes de familias afectadas por las fumigaciones, de experiencias de resistencia a las mismas y de organizaciones y entidades que adelantan acciones reconocidas como de Desarrollo Preventivo y Alternativo a los cultivos de uso ilícito en la región. Se toma como un logro los proyectos productivos asociados a cultivos promisorios como el Café y las frutas. Estos se configuran en esfuerzos desde el desarrollo preventivo, local y por supuesto alternativo a la existencia de cultivos de coca.

Lugar: Feria de Exposiciones

Bloque Temático de Procesos Estratégicos del Laboratorio de Paz:

La exposición

se hará en el marco de los Procesos Estratégicos, constituidos por conjuntos de esfuerzos de proyectos, entorno de temas comunes, estos son: a) Exigibilidad en el cumplimiento a los DDHH y a los Derechos económicos, sociales y culturales; b) Agroecología y Desarrollo Sostenible; c) Planificación Regional; y d) Economía propia: Campesina, Indígena y Afrodscendiente. En este espacio, serán convocados los actores relacionados directa, indirecta o circunstancialmente con el Laboratorio de Paz. Principalmente, beneficiarios de proyectos, ejecutores, aliados, miembros de la Entidad Coordinadora Regional y del Comité Directivo de la Región del MAP

Lugar: feria de Exposiciones

13h00

aprox Salida de Pasto hacia Tumaco (Avioneta de la Policita Nacional) – Invitación del Sr. Gobernador de Nariño, Don. Antonio Navarro Wolf

Plan de sustitución de cultivos y desarrollo sostenible de la costa pacífica

Trayecto aéreo de Tumaco a Cali

Traslado al Hotel Intercontinental Cali

Contacto: Jaime Prado 2 8861079

avenida Colombia #2-72 • Cali • Colombia

Recepción: +57-2-8823225 • Fax: +57-2-8861000

Viernes, 8 de febrero de 2008

Cali/ Bogotá /Europa

8h30

Reunión con la sociedad civil – organiza PE

10h00

12h00

Check-out y salida del Hotel hacia:

<p>a) Diputado LIPIETZ, VLASAK Y Sra. KUPPERS 12h00 Salida del Hotel hacia aeropuerto 14h55 Salida de Calí a Bogotá 18h30 Salida de Bogota a Francia en el AF 422</p>	<p>b) Resto de la Delegación PE 12h00 Visita de la ciudad con almuerzo 18h00 Traslado hacia el aeropuerto 19h22 Desplazamiento Cali – Bogotá AV 9222 20h22 23h30 Salida de Colombia hacia Europa IB 6242</p>
--	--